



Streik erweitert Kampfzone in der Krise

»Da geht mehr« – das Beispiel Tadano-Demag 2024 –

Von Uwe Zabel, Salvatore Vicari, Frank Schilb, Eddi Glass*

In: *express* 4/2025

Der vierwöchige Streik der IG Metall 2024 für einen »Zukunfts- und Beteiligungstarifvertrag: FairWandel« bei dem Kranhersteller Tadano Demag in Zweibrücken hat allen Unkenrufen zum Trotz in der Praxis wieder bestätigt, dass gerade in Krisenzeiten der Angriff die beste Form der Verteidigung für abhängig Beschäftigte ist. Als Abkehr von Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik ging es dabei nicht um einen Streik für einen klassischen »Sozialtarifvertrag«, sondern um einen Streik gegen die unternehmerische Entscheidung selbst. Als »Nebenwirkung« wehrten die Beschäftigten damit auch die vom japanischen Mutterkonzern und dem Metallarbeitgeberverband verlangte massive Lohnsenkung ab. Die Streikenden verhinderten so in den aktuellen Zeiten der Transformation, dass sie für die Krise und das Missmanagement auch noch selbst bezahlen – eine deutliche Erweiterung beteiligungsorientierter Arbeitskämpfpraxis der IG Metall bei Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen.

Es ist ernst in unserer Gesellschaft: Es droht die Zerstörung der Grundlagen unserer Industrie und unserer Umwelt. Die Wirtschaft stagniert, die Gesellschaft ist polarisiert. Die Politik hat (noch) nicht geliefert. Viel zu viele Unternehmen haben den Wandel verschlafen. Statt die Beschäftigten aktiv zu beteiligen und ihr Erfahrungswissen einzubringen, statt zukunftsfähige Produkte und Märkte zu entwickeln, herrschen Missmanagement und – wie bei Tadano – strategischer Blindflug. Und wo die Unternehmen in die Krise schlittern, sollen die Beschäftigten die Zeche zahlen – mit Arbeitsplatzabbau, Einkommensverzicht und Zugeständnissen. Wenn wir nicht für das Schlamassel zahlen wollen, das kurzsichtige Politik und verschlafene Vorstände aus Gründen der Profitmaximierung angerichtet haben, brauchen wir mehr Bereitschaft zum aktiven Widerstand. Dieser setzt einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Betrieben, viele Aktive und die Bereitschaft, selbst aktiv zu werden, voraus.

Umverteilungskämpfe und die Verteidigung unseres Sozialstaates finden nicht mit Wattlebäuschen und Resolutionen statt, sondern mit realen Konflikten, Demonstrationen und Streiks im Betrieb, in der Branche und in der gesamten Gesellschaft. Wir mussten in der Geschichte des Kapitalismus alles mit dem Vertrauen auf unsere eigenen Kräfte immer wieder selbst erkämpfen. Es bleiben Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit.

In unserem kapitalistischen Wirtschafts- und Rechtssystem haben die abhängig Beschäftigten in der Regel keine wirtschaftliche Mitbestimmung. Die Kapitaleigentümer entscheiden allein, obwohl die Folgen dieser Entscheidungen zur Profitmaximierung die abhängig Beschäftigten und die gesamte Gesellschaft durch Arbeitsplatzverlust, Entgeltabsenkung und/oder Massenarbeitslosigkeit tragen müssen. Der Betriebsrat kann nur versuchen, mit dem Unternehmen einen »Interessenausgleich« (schon das Wort selbst in ein »Fake«) zu finden. Wenn das auch vor einer Einigungsstelle nach dem BetrVG nicht gelingt, kann die Arbeitgeberseite ihre Entscheidung allein gegen die Belegschaften umsetzen. Auch die IG Metall hat

als Gewerkschaft keine wirtschaftliche Mitbestimmung. Durch das restriktive deutsche Arbeitskampfrecht bildet die Entscheidungsfreiheit der Kapitaleseite in wirtschaftlichen Fragen hier die Grenze. Doch muss diese Freiheit grenzenlos sein und bleiben?

Wie alles begann

Die Tadano Demag GmbH ist ein Traditionsbetrieb in Zweibrücken mit zwei Werken (Walerscheid und Dinglerstraße), die einen gemeinsamen Betriebsrat gewählt hatten. Tadano ist Finalproduzent von Kranen. Zweibrücken hat eine nahezu 200-jährige Geschichte des Kran- und Maschinenbaus und beschäftigte Anfang 2024 rund 1.250 Menschen auf guten, in der Metall- und Elektroindustrie tarifgebundenen Industriearbeitsplätzen. Mit Streikbeginn im September 2024 waren knapp 90 Prozent der Belegschaft in der IG Metall organisiert (Anfang 2024 rund 69 Prozent). Der Kranbauer Tadano Demag ist eine 100-prozentige Tochter der japanischen Muttergesellschaft Tadano Ltd. Takamatsu und entwickelt, produziert und handelt mit hochwertiger Hebetchnik für praktisch alle Boden-, Einsatz- und Lastsituationen sowie Maschinen im Bereich der Krantechnik. Da die Kunden des Unternehmens aus dem Bereich der erneuerbaren Energien kommen (mit den Kranen mit Traglasten bis zu 3.200 Tonnen aus dem Bereich All Terrain und Gittermasten von Tadano werden Windräder und -parks aufgebaut) sowie aus dem öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere der Bauindustrie, ist Tadano ein wichtiger industrieller Player für die Transformation der Industrie hin zu einer nachhaltigen und ökologischen Zukunft und einer der wichtigsten industriellen Arbeitgeber in Zweibrücken und der Region.

Das »Drehbuch«, wie alles schnell und billig ablaufen sollte, hatte die Kapitaleseite bereits Ende 2023 geschrieben. Aber erst am 14. Februar 2024 wurde der Belegschaft und dem Betriebsrat verkündet, dass die unternehmerische Entscheidung getroffen wurde, eine »alternativlose« Restrukturierung und Betriebsänderung durchzuführen, das moderne Werk Wallerscheid zu schließen, 400 hochqualifizierten Beschäftigten (in beiden Werken durch die Sozialauswahl) zu kündigen – und damit sie und ihre Familien in die Massenarbeitslosigkeit zu schicken und 400 tarifgebundene Industriearbeitsplätze zu vernichten. Grund dafür war die wirtschaftliche Entscheidung von Tadano, Krantypen ins Ausland nach Japan, in das Schwesterwerk in Lauf (in Franken) und innerhalb von Zweibrücken zu verlagern. Gleichzeitig sollten die verbleibenden Beschäftigten massive »Sanierungsbeiträge« durch Verzicht auf tarifvertragliche Ansprüche leisten. Diese »Giftliste« der Kapitaleseite wurde in einem »Pforzheim-Antrag« von PfalzMetall im Auftrag der Mitgliedsfirma Tadano Demag nach § 4 der Tarifvereinbarung »Zukunftssicherung und Wettbewerbsfähigkeit« des Flächentarifvertrages der Metall- und Elektroindustrie in der Pfalz konkretisiert. Auf Basis des »Pforzheimer Abkommens«, das Abweichungen vom Tarifvertrag nach unten ermöglicht, wurde der Verzicht auf tarifliche jährliche Sonderzahlungen (u.a. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und T-Züge), auf tarifliche Zuschläge für Schichten und auf Entgelterhöhungen für einige Jahre gefordert. Die verbleibenden Beschäftigten sollten die Restrukturierung und Mini-Abfindungen ihrer durch den Arbeitgeber arbeitslos gemachten Kolleg:innen zahlen. Dies hätte umgerechnet Entgeltverzicht zwischen 600 und 1.000 Euro brutto monatlich bedeutet.

Dieses Drehbuch wollten wir ändern. Beteiligungsorientiert und transparent wurde die Situation in der Belegschaft und auf Mitgliederversammlungen diskutiert. Dabei ergab sich ein klares Ziel: So viele tariflich gebundene Industriearbeitsplätze so lange wie möglich in Zweibrücken zu erhalten und das Traditionsunternehmen in der aktuellen Zeit von Transformation, Dekarbonisierung und Digitalisierung familien- und enkelsicher zu machen. Die durch Missmanagement verursachte Krise wollte die Belegschaft auf keinen Fall bezahlen. Diese Linie wurde von den Mitgliedern der IG Metall auch so entschieden. Sie hatte klaren Vorrang vor Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes. Es war »das Thema der Leute«. Damit wir dies auf tarifvertraglicher Ebene erkämpfen konnten, mussten wir unsere Tarifforderungen in die »Sklavensprache« des geltenden restriktiven Streikrechts übersetzen, um durch Streik solidarisch in die Offensive gehen und die übliche Kampfzone erweitern zu können.

Arbeitskampfrechtliches »Neuland«

Mit dem Streik für unsere Forderungen nach einem »Zukunftssicherungs- und Beteiligungstarifvertrag« betreten wir arbeitskampfrechtliches »Neuland« nicht nur für die IG Metall.¹ Die IG Metall stellte durch ihre Mitglieder – in Bezug auf vergleichbare Fälle erstmalig – Forderungen für einen, zumindest zeitlich befristeten, Erhalt der Standorte auf. Damit sollten die Mitbestimmung und Beteiligung erweitert und nicht »nur« die sozialen Nachteile einer unternehmerischen Entscheidung tarifvertraglich geregelt werden, wie in einem Sozialtarifvertrag.

Immer mehr hat sich in der Arbeitskampff Praxis der IG Metall der Kampf für Sozialtarifverträge entwickelt. Für das Bundesarbeitsgericht ist der Streik für einen Sozialtarifvertrag auf jeden Fall rechtmäßig, wenn die Forderungen die wirtschaftlichen Nachteile der unternehmerischen Entscheidung der Betriebsänderung ausgleichen.² Durch tarifvertragliche Forderungen nach hohen tariflichen Abfindungen, der Finanzierung von Transfergesellschaften statt Arbeitslosigkeit und Bonus-Regelungen für IG-Metall-Mitglieder konnten unternehmerische Entscheidungen in der Praxis – zur Vermeidung noch höherer Schließungskosten – zumindest modifiziert werden. Dies ermöglichte auch, »Schluss mit dem Kuschelkurs« zu machen und dies auf eine richterrechtlich sichere Grundlage zu stellen.

Dieser auf Grund der Rechtsprechung mögliche »Umweg« entsprach allerdings nicht direkt den Zielen und dem Willen der Mitglieder und der IG Metall im Tadano-Konflikt. Warum nicht direkt gegen die unternehmerische Entscheidung selbst streiken? Das Bundesarbeitsgericht hat diese Frage in der Entscheidung zum Sozialtarifvertrag ausdrücklich offengelassen.

Das Ziel des Erhalts der Werke am Standort Zweibrücken, der Sicherung der tariflichen Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplätze aktivierte und motivierte die betroffenen Beschäftigten von Tadano zur Beteiligung am Streik. Hier geht es um den Kernbereich tariflicher Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Sinne des Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz (GG).

Die strukturellen Unternehmensentscheidungen, die das Leben der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien betreffen, zu einer tarif- und streikfreien Zone zu erklären, ist ein verfassungswidriger Eingriff in die Tarifautonomie. Praktisch bedeutet dies den Zwang, einen Arbeitskampf für sehr teure Sozialtarifverträge zu führen, in der Hoffnung, im Rahmen von Verhandlungen ein »Mehr« an Beschäftigung zu erreichen. Gerade bei den Kapitalentscheidungen von Konzernen und Global Playern kann eine demokratische Lösung für Interessenkonflikte von Kapital und Arbeit im Sinne eines FAIR-Wandels in der Transformation, Digitalisierung und Dekarbonisierung der Industrie nur erreicht werden, wenn zumindest für eine Verschiebung der Maßnahmen, einen teilweisen Verzicht und die Erweiterung der Beteiligung und Mitbestimmung der Betroffenen selbst gestreikt werden kann. Letztendlich bleibt es dabei, an dem gesellschaftlichen Ziel für Wirtschaftsdemokratie und mehr Mitbestimmung weiterzustreiten.

Unstreitig waren unsere Kampfziele zur Verhinderung oder Verzögerung einer Betriebsstilllegung oder Betriebsverlagerung solche, bei denen es um die Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Sinne von Artikel 9 Abs. 3 GG geht.³

Dies ist mit den beschlossenen Streikforderungen bei Tadano in die Praxis umgesetzt worden.

Den neuen Weg weitergehen

Dabei bestanden wegen der offenen höchstrichterlichen Rechtsprechung Risiken wie z.B. Schadenersatzforderungen. Aber Veränderungen gibt es nur im Vorwärtsgehen. Es bedarf breiter Diskussion und Aufklärung der Mitglieder über das Vorgehen, darüber, was ihren Zie-

¹ Vgl. unsere Forderungen: »Wofür wir kämpfen«, <https://tadano-widerstand.de/>.

² BAG vom 24.04.20027, 1 AZR 252/06, in AiB 2007 mit zutreffender Anmerkung Schoof.

³ Lesenswert zur Vertiefung: Köhlinger, Jörg u.a. (2021): Conti – jetzt gibt's Contra, in: Sozialismus, Nr. 467, Jg. 48 und Zabel, Uwe/Steiniger, Frank/Fay, Sebastian (2021): Arbeitskämpfe in der Transformation der Automobilindustrie, Arbeit und Recht, Nr. 12/2021, Jg. 69.

len am nächsten entspricht, und über die Risiken, die damit verbunden sind. In unserem praktischen Fall gab es keine gerichtliche Entscheidung. Dieser neue Weg wurde in Abstimmung mit allen Ebenen der IG Metall – von den einzelnen Mitgliedern bis zum Vorstand – mutig, entschlossen und unter Risikoabwägung von allen zusammen gegangen. Wir wünschen uns, dass ihn in Zukunft viele andere beschreiten, um in der Krise als Gewerkschaft offensiv gegen die Angriffe des Kapitals gemeinsam anzugehen.

Unser Streik bei Tadano hat praktisch gezeigt, dass wir nicht für Stillstand und Abrissbirne stehen, sondern dass ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Unsere Industrie der Zukunft muss ökologisch, sozial und demokratisch sein. Tadano zeigt aber auch, dass wir für wirtschaftliche Mitbestimmung und mehr Beteiligung gegen einseitige Unternehmensentscheidungen in unserem kapital- und profitorientierten Wirtschafts- und Rechtssystem streiten und die »Kampfzone« durch eigenverantwortliches Handeln erweitern können. Weil das jetzt zählt.

** Uwe Zabel ist Arbeitskämpfexperte in der IG Metall Bezirksleitung Mitte und war Verhandlungsführer der IG Metall bei Tadano.*

Salvatore Vicari ist Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Geschäftsstelle Homburg-Saarpfalz.

Frank Schilb ist Leiter des Vertrauenskörpers bei Tadano-Demag Zweibrücken.

Eddi Glass ist Betriebsratsvorsitzender bei Tadano-Demag Zweibrücken.

Alle gemeinsam waren in dem Streik 2024 die Streikleitung der IG Metall.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12